



Kommission Inneres und Sicherheit, 9102 Herisau

An die Empfängerinnen und Empfänger
der Ausserrhoder Medienmitteilungen

Peter Gut
Präsident Kommission Inneres und
Sicherheit
Tel. +41 79 688 44 12
Peter.Gut@ar.ch

Herisau, 3. Dezember 2021

Medienmitteilung

Kommission Inneres und Sicherheit unterstützt mehrheitlich Fusion zu vier Gemeinden

Die kantonsrätliche Kommission Inneres und Sicherheit hat die Beratung der Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» und des Gegenvorschlags abgeschlossen. Die Kommission macht bei der Professionalisierung von Behörden- und Verwaltungstätigkeit der Gemeinden Handlungsbedarf aus. Sie spricht sich mehrheitlich für den Gegenvorschlag des Regierungsrates aus. Sie beurteilt ihn als mutig und zukunftsgerichtet. Eine Minderheit unterstützt die Volksinitiative.

Ein Blick auf die aktuelle Situation der Gemeinden zeigt, dass in verschiedenen Bereichen Handlungsbedarf besteht, der sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Es wird zum Beispiel immer schwieriger, Personen für Exekutivämter oder für Gemeindeverwaltungen zu finden. Viele Gemeinden arbeiten bereits eng mit anderen zusammen. Die Kommission teilt die Einschätzung des Regierungsrates, dass in näherer Zukunft Handlungsbedarf besteht. Eine Mehrheit unterstützt daher den Gegenvorschlag des Regierungsrates, der eine Zusammenlegung zu vier Gemeinden vorsieht. Das Fusionsprojekt würde viele Probleme der Gemeinden lösen und die Behörden- und Verwaltungstätigkeit professionalisieren.

Alternativen zum Gegenvorschlag

Die Kommission hat Überlegungen angestellt, was die Alternativen zum Gegenvorschlag des Regierungsrates wären. Das Thema der Gemeindestrukturen wird schon seit Jahren von verschiedenen Seiten diskutiert, ohne dass ein konkretes Fusionsprojekt gestartet wurde. Wenn sich einzelne Gemeinden zusammenschliessen würden, ergäben sich je nach Zusammensetzung grosse, finanzstarke Gemeinden, die das Ungleichgewicht zwischen den Gemeinden noch verstärken. Viele denkbare Fusionsmöglichkeiten führten zu grösseren finanziellen und strukturellen Ungleichheiten, die für den Zusammenhalt im Kanton nicht förderlich wären.

Standpunkt der Minderheit

Die Minderheit der Kommission möchte an der Umsetzung der Volksinitiative festhalten, da der Gegenvorschlag für sie zu radikal ist. Der Regierungsrat hat sich lange auf den Standpunkt gestellt, dass Fusionen «von unten» initiiert werden müssen. Die Vorlage weicht von diesem Prinzip ab. Die Minderheit kritisiert, dass das



Vorgehen entgegen den langjährigen Beteuerungen des Regierungsrates von oben gesteuert wird, anstatt auf eine Initiative «von unten» zu warten.

Die 2. Lesung der Volksinitiative und die 1. Lesung des Gegenvorschlags finden an der Kantonsratssitzung vom 21. Februar 2022 statt. Die Sitzung wird in einem Live-Stream auf dem youtube-Kanal des Kantons übertragen, erreichbar unter www.ar.ch.

Die Unterlagen zum Geschäft sind auf der [Internetseite](#) des Kantonsrates aufgeschaltet.

Weitere Auskunft erteilt:

Peter Gut, Präsident der kantonsrätlichen Kommission Inneres und Sicherheit, Tel. 079 688 44 12 (heute von 10 bis 12 Uhr)